



**des Kreisausschusses
des
Landkreises Leipzig**

Beschlussdatum: 19.09.2012	Grundlage (Vorlage): BV-2012/118	Beschluss Nr.: 2012/118	Öffentlicher Beschluss: Ja
Änderung(en) am:	Grundlage (Vorlage):	Mit Beschluss Nr.:	Öffentlicher Beschluss:
Aufgehoben am:	Grundlage:	Mit Beschluss Nr.:	Öffentlicher Beschluss:

Beschlussgegenstand:

Rückforderungen des BMAS zur Jahresrechnung 2009 des Betriebes für Grundsicherung und Arbeitsförderung

Beschlusstext:

Der Kreisausschuss beschließt

hinsichtlich der Rückforderungen des BMAS zur Jahresrechnung 2009 des Betriebes für Grundsicherung und Arbeitsförderung:

1. Bezüglich der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zurückgeforderten Säumniszuschläge in Höhe von 872,00 € wird die vom BMAS vorgeschlagene Verfahrensvereinbarung (Anlage 1) unterzeichnet und die Säumniszuschläge werden vorerst nicht zurückgezahlt.
2. Bezüglich der vom BMAS zurückgeforderten Eingliederungsmittel für
 - a. die Maßnahme „Beschäftigungszuschuss Ausbildungsperspektive“ in Höhe von 184.546,65 € wird die vom BMAS vorgeschlagene Verfahrensvereinbarung (Anlage 2) unterzeichnet und die Eingliederungsmittel werden vorerst nicht zurückgezahlt.
 - b. die Maßnahme „Jobpate“ in Höhe von 12.648,69 € wird die vom BMAS vorgeschlagene Verfahrensvereinbarung (Anlage 3) unterzeichnet und die Eingliederungsmittel werden vorerst nicht zurückgezahlt.
 - c. die Maßnahme „ABV Betriebliche Erstausbildung“ in Höhe von 26.348,46 € werden die Eingliederungsmittel vorerst nicht zurückgezahlt.
 - d. Die gebildeten Rückstellungen für die Maßnahmen Ziffer 2 a)-c) werden nicht aufgelöst.
3. Die vom BMAS noch geforderten Verwaltungskosten in Höhe von 503.458,68 € werden vorerst nicht erstattet. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - a. über die Spitzenverbände der Landkreise und das Sächsische Sozialministerium vom Bund eine inhaltlich identische Handhabung der Verwaltungskostenabrechnung in gemeinsamen Einrichtungen und den zugelassenen kommunalen Trägern nach der Kommunalträgerabrechnungsverordnung (KoAVV) einzufordern;
 - b. die Erfolgsaussichten einer gerichtlichen Feststellung der Auslegungen der der Kommunalträgerabrechnungsverordnung (KoAVV) durch das BMAS zu prüfen und bei überwiegenden Erfolgsaussichten eine gerichtliche Klärung anzustreben.

Borna, den 19.09.2012

Gez. Dr. Gerhard Gey
Landrat

– Siegel –

Die Anlagen werden hier nicht dargestellt.